

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 25.11.2025 |
| Sitzungsbeginn: | 18:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 21:09 Uhr |
| Ort, Raum: | Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel |

Anwesend

Vorsitz

Wolfgang Dutsch CDU

Mitglieder

| | | |
|---------------------|-----|-----------------------------------|
| Janik Schernikau | CDU | Vertretung für: Ursula Lauenstein |
| Jochen Peter Lüchau | CDU | Vertretung für: Torben Wunderlich |

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat

Merlin Tschamper Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Sabine Semprich Seniorenbeirat

Verwaltung

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung 2

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Katrin Matthies Protokollführung

Manuel Baehr Wirtschaftsförderung bis TOP 6

Janine Gehl Fachdienst 2-61 bis TOP 5

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Torben Wunderlich CDU entschuldigt

Ursula Lauenstein CDU entschuldigt

Gäste:

| | | |
|-----------|----------------------------|--------------------------------------|
| Zu TOP 4: | Frau Sauer | Bauherrnvertreterin |
| Zu TOP 5: | Herr Estrefi Frau Huber | Bauherr Immobilienanwältin |
| Zu TOP 6: | Herr Thiele Herr Voigt | Projektinitiator Projektinitiator |

13 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

3 Ratsmitglieder: Frau Süß, Frau Kärgel (ab 18:50 Uhr), Herr Thomascheski (ab 20:45 Uhr)

Als nicht stimmberechtigtes stellvertretendes Mitglied: Herr Schwald (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Im Anschluss verpflichtet er die bürgerlichen stellvertretenden Ausschussmitglieder Herrn Schernikau und Herrn Schwald zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und zur Verschwiegenheit und führt sie in ihr Amt ein.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2025
- 4 Präsentation Lidl-Neubau an der Rissener Straße
- 5 Einvernehmen nach dem BauGB
hier: Nutzungsänderung Gewerbefläche zu Boardinghouse BV/2025/070
- 6 Rückmeldungen der Fraktionen;
hier: Nutzungskonzept Hafen
- 7 Haushaltssatzung 2026/2027 BV/2025/080
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung
- 8.1.1 Haushaltssicherung 2028, aktueller Stand zum 21.10.2025 MV/2025/105
- 8.1.2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 8.1.3 Weitere Berichte
- 8.2 Anfragen der Politik

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2025
- 10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung
 - 10.2 Anfragen der Politik

Öffentlicher Teil

- 11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat und der Umweltbeirat haben nichts zu berichten, haben aber das Nutzungskonzept für den Hafen zur Kenntnis genommen. Der Jugendbeirat berichtet von der Neuwahl, Frau Büßer hat sich nicht wieder zur Wahl gestellt und wird daher heute das letzte Mal im Planungsausschuss sein. Der Vorsitzende dankt für die geleistete Arbeit.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2025

Anmerkungen zum Protokoll liegen nicht vor.

Der öffentliche Teil des Protokolls wird zur Kenntnis genommen.

4 Präsentation Lidl-Neubau an der Rissener Straße

Der Vorsitzende begrüßt Frau Gehl als neue Mitarbeiterin im Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung, diese stellt sich kurz dem Planungsausschuss vor.

Anschließend begrüßt der Vorsitzende Frau Sauer von der Firma Lidl und übergibt ihr das Wort. Frau Sauer stellt die angedachte Planung für den Neubau des Lidl-Marktes anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, wie der Verkauf während der Bauphase erfolgen soll. Frau Sauer berichtet, dass bereits nach einer Interimslösung gesucht wird und bejaht die Frage der SPD-Fraktion, ob sich ein solches Bauprojekt für lediglich 20% mehr Verkaufsfläche lohnen würde.

Der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gefällt einiges an dem angedachten Projekt, z.B. das geplante Gründach, die Zweigeschossigkeit und die PV-Anlage. Es wäre wünschenswert, dass auch über Hybridbauweise mit Holz nachgedacht und insgesamt eine nachhaltige und energieeffiziente Bauweise angestrebt wird, als Beispiel könnte der neue Aldi-Markt in Quickborn dienen. Es wird bezweifelt, dass wirklich keine Umverteilungseffekte entstehen werden, wichtig wäre es, eine Schwächung der Innenstadt zu vermeiden. Außerdem hätte man gerne Informationen zu den geplanten Abstellanlagen für Fahrräder.

Frau Sauer zeigt auf dem Plan die bisher angedachten Abstellmöglichkeiten neben dem Haupteingang, es seien jedoch auch Erweiterungen grundsätzlich möglich. Bezüglich der Umverteilungsaspekte wurden auch die Geschäfte in der Innenstadt mit mehr als 400qm Verkaufsfläche einbezogen, die Analyse habe lediglich sehr geringe Auswirkungen gezeigt. Bezüglich der Bauweise wird mit Gründach, PV-Anlage, natürlichen Kältemitteln, E-Ladesäulen und dem Einsatz von ökologischen und recyclingfähigen Baumaterialien ein starker Akzent auf Nachhaltigkeit gelegt. Grundsätzlich könnte man auch die Möglichkeit eines Hybridbaus (Sockel Massiv und Gebäude Holzbauweise) prüfen.

Der Vorsitzende bittet darum, in den Fraktionen das Projekt zu besprechen.

5 Einvernehmen nach dem BauGB**BV/2025/070****hier: Nutzungsänderung Gewerbefläche zu Boardinghouse**

Der Vorsitzende begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragen nach dem Zielklientel. Frau Huber erläutert, dass die Räume mit 10-13 qm recht klein sein werden, als maximaler Vermietungszeitraum wird 3 Monate geplant. Mieter werden hauptsächlich Handwerker und Monteure sein. Es ist keine bestimmte Firma vorgesehen, vielmehr soll das Angebot generell für alle am Markt offenstehen.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung einer Gewerbefläche zu einem Boardinghouse im Tinsdaler Weg 140 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

| | Ja | Nein | Enthaltung |
|----------------------------------|-----------|----------|------------|
| Gesamt: | 10 | 0 | 0 |
| CDU-Fraktion | 3 | 0 | 0 |
| Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen | 3 | 0 | 0 |
| SPD-Fraktion | 2 | 0 | 0 |
| WSI-Fraktion | 1 | 0 | 0 |
| FDP-Fraktion | 1 | 0 | 0 |

6 Rückmeldungen der Fraktionen;**hier: Nutzungskonzept Hafen**

Herr Dutsch begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt. Er spricht an, dass politische Vertreter*innen eine anonyme Mail bekommen haben, in der Anschuldigungen bezüglich einer laufenden Insolvenz einer GmbH erhoben werden. Er bittet die Projektinitiatoren hierzu zunächst Stellung zu nehmen, um Unklarheiten aus dem Weg zu räumen.

Herr Thiele berichtet, dass Herr Voigt und er bereits beim allersten Gespräch in Wedel mit der Bürgermeisterin offen mit der Situation der angesprochenen GmbH umgegangen sind. Er schildert die Entstehungsgeschichte der GmbH und die Entwicklung in der Geschäftsführung und bei den Gesellschaftern. Die Geschäftstätigkeit wurde bereits 2021 während der Corona-Krise bewusst heruntergefahren und in einen stabilen Ruhemodus versetzt, ohne Personal und fast ohne fixe operative Kosten. Getragen wurde die Gesellschaft vornehmlich von den Gesellschafterdarlehen der beteiligten Investoren, ohne Drittverbindlichkeiten, Bankverbindlichkeiten und ohne eigene Mitarbeiter. Ein Gesellschafter habe nun sein Gesellschafterdarlehen gekündigt; da die GmbH für die Rückzahlung nicht über ausreichende liquide Mittel verfüge, habe der Geschäftsführer Insolvenz anmelden müssen. Die Insolvenzverwalterin habe bereits ermittelt, dass es keine offenen Verbindlichkeiten gegenüber Banken, Finanzbehörden, Sozialversicherungen oder ehemaligen Mitarbeitern gibt. Lediglich 30-40 TEUR sind als Verbindlichkeiten gegenüber Dritten festgestellt worden, diese sind als priorisierte Forderungen (gegenüber den Gesellschafterdarlehen) durch das Anlagevermögen der Firma (ca. 500 TEUR) mehr als gedeckt. Die Insolvenz betreffe daher ausschließlich die Gesellschafter der GmbH als Eigenkapital-/Eigenmittelgeber, diesen müsse das Risiko als Gesellschaftern, Gründern und Investoren bekannt gewesen sein. Herr Thiele äußert seinen Unmut, dass hier mit anonymen Mails und Mitteilungen im Internet Mitinvestoren und er diskreditiert werden. Er hofft, dass die Unklarheiten ausgeräumt

sind und würde gerne zur Sache ins Gespräch kommen, um das spannende Projekt in Wedel voranzubringen.

Der Vorsitzende möchte sich gerne den Fragen zuwenden, die aus den Fraktionen eingegangen sind und im Bürgerinformationssystem hinterlegt wurden. Die Fragen der CDU-Fraktion würden sich nicht nur an die Initiatoren, sondern teilweise auch an die Verwaltung richten.

Herr Thiele dankt für das Interesse der Fraktionen, dass sich in den vielen Fragen zeigt. Alle Fragen hätten ihre Berechtigung, viele könnten aber noch nicht beantwortet werden, da sie auch für die Investoren noch offene Punkte seien. Wenn man die Fragen clustere, betreffen viele die Tide-/Hochwassersituation, die Verschlickung oder kommerzielle Fragen. Und die rechtlichen Rahmenbedingungen, die eher die Verwaltung betreffen würden. In den Wochen seit der letzten Sitzung habe man sich weiter um Prüfung der Realisierungsmöglichkeit bemüht und bisher sei kein Punkt aufgetaucht, der das Projekt scheitern lassen könnte. Sowohl für die Verschlickung als auch für die Sicherung der Steganlage bezüglich des Tidenhub scheint es technisch machbare Lösungen zu geben. Auf Details könne man aber erst eingehen, wenn deutlich wird, dass die Politik, die Bürger*innen und die Verwaltung das Projekt für ihren Hafen möchten, man wolle nicht die Vorarbeit für Konkurrenzideen leisten. Eindeutig ist jedoch, dass eine Vermarktung und Realisierung des Projektes nur in Betracht kommt, wenn es technisch, juristisch und politisch umsetzbar ist. Für einige Antworten bräuchte man beispielsweise Gutachten und Probebohrungen, die man ohne deutliche Willenserklärung nicht beauftragen wolle. Daher wünsche man sich ein Grundsatzvotum der Politik, dass die Idee prinzipiell gewollt ist.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würde gerne von der Verwaltung eine Auskunft bekommen, ob es für das Projekt grundsätzlich Restriktionen gibt, beispielsweise bezüglich der Städtebauförderung, mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt oder andere rechtliche Probleme.

Herr Baehr bestätigt, dass dies noch zu klärende Fragen sind, die aber für dieses Projekt nur anhand eines Bildes noch nicht zu beantworten sind. Zunächst müssten aus seiner Sicht die Fragen zur Verschlickung und der Hochwassersicherung beantwortet werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet, dass ihre oben genannten Fragen vorab geklärt werden müssten, insbesondere zur Förderschädlichkeit und dem Wasser- und Schifffahrtsamt. Und möchte wissen, ob, wenn die Hausboote offiziell als Sportboote gelten, jeder diese mieten könne oder dafür ein Sportbootführerschein notwendig sei.

Herr Thiele bestätigt, dass die Aussagen des Wasser- und Schifffahrtsamtes und des Ministeriums zur Förderfähigkeit wichtig seien und zügig geklärt werden müssten, damit man wisse ob man weiterplanen könne. Es sei entscheidend für das Projekt, dass es sich um Sportboote handele, zum einen wären diese genehmigungstechnisch anders zu behandeln, zum anderen sei die Abschreibung sonst für mögliche Investoren nicht attraktiv.

Die WSI-Fraktion sieht das Problem darin, dass die Initiatoren für weitere Investitionen verständlicherweise gerne ein „Go“ von Politik, Verwaltung und Bürgern hätte, dieses aber ohne vorliegende Gutachten zur besseren Abschätzung der Risiken kaum gegeben werden könne. Angesichts der Größe der geplanten Boote stellt sich auch die Frage der Versicherbarkeit, diese wären bei einer Riesensturmflut in der Lage, den kompletten Hafenbereich zu zerstören, falls sie sich losreißen. Zudem scheint angesichts der Ausmaße das gezeigte Bild nicht die tatsächliche Belegung des Hafenbeckens zu zeigen, es werde deutlich voller. Es ist verstanden worden, dass für die Wirtschaftlichkeit 20 Hausboote benötigt werden, es stelle sich jedoch die Frage, ob dies von den Bürger*innen gewollt werde. Es stelle sich die Frage nach dem Mehrwert für die Stadt.

Die FDP-Fraktion empfindet die Diskussion gerade als schwierig. Sie hat bisher die Anfrage der Initiatoren als ersten Wurf verstanden, ob die Politik dieses Projekt wolle und weiter geplant werden soll. Natürlich werden zu einem späteren Zeitpunkt Gutachten notwendig, um Sicherheit zu bekommen, bevor es in die Umsetzung geht. Die FDP-Fraktion bittet darum, das Projekt weiter zu verfolgen und zu planen, da es den Hafen schöner machen und beleben würde.

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass die Beantwortung einiger Fragen keine aufwändigen

Gutachten braucht. Ohne Antworten tue man sich schwer mit einer Zustimmung zu dem Projekt, weil man mögliche Schadensersatzansprüche gegen die Stadt fürchtet.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, ob der Verwaltung Risiken bekannt sind, die eine solch geplante Nutzung des Hafens ausschließen würden. Der Hamburger Yachthafen werde beispielsweise im Winter geräumt, die Hausboote würden liegen bleiben. Ein losgerissenes Boot könnte die gesamte Flutschutzwand zerstören.

Die CDU-Fraktion möchte die Position der FDP-Fraktion unterstützen, im Grundsatz führe die Diskussion heute zu weit. Nötig sei ein Stimmungsbild, ob es für dieses Konzept des Hafenbetriebs politische Mehrheiten gebe würde. Die technischen Lösungen werden später beantwortet, vorher könne sowieso keine Realisierung erfolgen. Die Fraktion sieht hier Chancen für Wedel, auch hinsichtlich der Gastronomie und Gewerbesteuerereinnahmen und würde den Prozess gerne wohlwollend begleiten. Sie fragt die Stadtplanung, ob es bereits heute sichtbare Hürden gebe.

Herr Grass erläutert, dass der Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung planerisch zunächst kein Problem sieht, das Gebiet ist als Sondergebiet Hafen festgesetzt. Zu klären wäre, wie sich die Städtebauförderung zu dem Vorhaben verhält; man habe daher von Beginn an darauf hingewiesen, dass die handelnden Personen dort Gespräche führen müssten. Klar sei, dass der Hafen öffentlich bleiben müsse, auch hinsichtlich der Steganlagen.

Herr Thiele erwartet von der Politik keinen Blankoscheck, natürlich könne die formale Genehmigung erst erteilt werden, wenn alle Fragen geklärt seien und die entsprechenden Gutachten vorliegen. Vorher werde es auch nicht möglich sein, Investoren zu überzeugen, niemand kaufe ein Hausboot, wenn dies nicht versicherbar ist und technisch der angedachte Liegeplatz nicht umsetzbar ist. Gerne könne man per Online-Konferenz an den Fraktionssitzungen teilnehmen und weitere Fragen beantworten. Auch der angefragte Businessplan sei vorhanden und bereits extern geprüft, jedoch wolle man diesen selbstverständlich nicht öffentlich diskutieren. Wenn die Stadt, die Politik, die Verwaltung entscheiden, man könne sich dieses Projekt für den Hafen vorstellen, begründe dies natürlich keine Schadensersatzforderung gegen die Stadt, das sei übliches Investorenrisiko. In den Rückmeldungen der Fraktionen gab es wohl kritische Anfragen, die besprechbar seien, aber keine vollkommene Ablehnung. Was das Projekt der Stadt als Mehrwert bringe, könnten die Investoren nicht beantworten. Wenn das Gefühl entsteht, die Mehrheit der Fraktionen als Repräsentanten der Bürger*innen wünsch das Projekt, kann gemeinsam weiter vorangegangen werden.

Der Jugendbeirat fragt, wie ein solches gewünschte Stimmungsbild denn aussehen könnte, ob der Rat oder der Planungsausschuss abstimmen solle oder sogar die Öffentlichkeit gefragt werden soll.

Die CDU-Fraktion meint, dass es für die Klärung der technischen Fragen zu früh sei, die Politik sollte entscheiden, ob der Hafen grundsätzlich so genutzt werden soll. Ob die Größe des Hafenbeckens dann tatsächlich für 20 Hausboote und zusätzliche Segelboote als Gastlieger ausreichend ist, werde man dann im Laufe der Planung feststellen. Man würde sich freuen, wenn weiter geplant wird und hofft auf positive Ergebnisse. Gerne würde man zeitnah über Zwischenstände informiert werden, beispielsweise in 6-8 Wochen.

Auch die SPD-Fraktion wünscht sich für den Hafen Belebung durch eine dauerhafte und tragfähige Nutzung, weitere Aussagen könne man nach dem bisherigen Beratungsstand nicht machen.

Herr Thiele bittet, dass die nächsten Wochen genutzt werden, um die offenen Fragen nochmal in den Fraktionen zu besprechen. Wünschenswert wäre dann ein Beschluss, dass grundsätzlich dieser Weg weitergegangen werden soll. Das wäre natürlich kein rechtlich verbindlicher Genehmigungsbescheid, sondern eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Konzept als positives Signal an die Initiatoren.

Die WSI-Fraktion bittet die Verwaltung, die Frage der Förderfähigkeit zeitnah zu klären. Man würde nicht trotz des Angebots für Video-Meetings mit den Fraktionen eine öffentliche Diskussion wünschen. In den Fraktionssitzungen wären beispielsweise auch die Beiräte außen vor, es solle aber ja ein gemeinsames Projekt für Wedel werden. Vielleicht wäre eine öffentliche Informationsveranstaltung vorstellbar, in der Zeit bis dahin könnten ja

vielleicht auch schon einige Fragen beantwortet sein.

Herr Thiele möchte das Gesprächsangebot an die Fraktionen auch eher als zusätzliche Gesprächsmöglichkeit verstanden wissen. Lediglich der Businessplan solle nichtöffentlich bleiben.

Der Vorsitzende dankt den Gästen und hofft, dass diese vielleicht im ersten Quartal 2026 wieder in den Planungsausschuss kommen.

7 Haushaltssatzung 2026/2027

BV/2025/080

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag eingereicht, in den Haushalt 2027 30.000,-€ für eine Machbarkeitsstudie „Sport trifft Kultur“ einzustellen und diese mit einem Sperrvermerk zu versehen. Der Antrag und die Begründung sind als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen konnte sich diesbezüglich noch nicht abstimmen, da der Antrag erst am Sitzungstag eingegangen ist, zeigt sich jedoch überrascht. Im Haushalt 2024 war für diesen Zweck eine entsprechende Position vorgesehen, der jedoch mehrheitlich von den Fraktionen CDU, WSI und FDP gestrichen wurde. Da die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen damals sehr für diese Machbarkeitsstudie gekämpft hatte, sei man zwar nicht grundsätzlich abgeneigt, aber mangels Besprechungsmöglichkeit innerhalb der Fraktion könne man sich heute bei einer Abstimmung lediglich enthalten. Allerdings sei man verwundert, dass statt der damaligen 50.000,-€ nun nur 30.000,- € eingeplant werden sollen. Die WSI-Fraktion ist über den Antrag angesichts des vorliegenden Haushaltsentwurfs eher irritiert, da in diesem keine Spielräume für solche Ausgaben gesehen werden. Zudem wird die nächsten Jahre auch im Investitionsbereich keine Möglichkeit bestehen, Ergebnisse einer solchen Studie umzusetzen. Aus Sicht der Fraktion laufe die Stadt in die Vergeblichkeitsfalle, da sollten solche Ausgaben nicht getätigt werden.

Die SPD-Fraktion hat ihre Haushaltsberatungen am kommenden Wochenende und wird sich vorher auch nicht zu dem Antrag äußern können. Wünschenswert wäre eine Vertagung auf die nächste Sitzung.

Die CDU-Fraktion hat den Antrag nicht gestellt, weil finanzielle Spielräume im Haushalt gesehen werden. Vielmehr möchte man die Möglichkeit schaffen, die für eine Konsolidierungsmaßnahme notwendigen Planungen durchführen zu können. Daher soll der Ansatz zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Die FDP-Fraktion hat ursprünglich die Idee von „Sport trifft Kultur“ unterstützt, nicht nur an dem häufig genannten Standort Rudolf-Breitscheid-Parkplatz. In der aktuellen Situation wird jedoch keine Möglichkeit für ein solches Projekt gesehen. Die grundsätzliche Idee ist gut, jedoch erst für einen späteren Zeitpunkt. Zunächst müsse jedoch die Fraktion beraten.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, was sich in den letzten Monaten verändert hätte, dass die CDU-Fraktion diese Idee, für die die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen damals massiv gekämpft hätte, nun doch mit voranbringen möchte.

Die CDU-Fraktion äußert, dass im Rahmen der Konsolidierungsberatungen neue Ansichten zu einer anderen Bewertung geführt hätten als vor zwei Jahren. Es wird sich dem Antrag der SPD-Fraktion angeschlossen, den Antrag zu vertagen.

Der Vorsitzende fragt nach weiteren Äußerungen zum Entwurf der Haushaltssatzung.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach den Zuwendungen im Sanierungsgebiet Hafen (Seite 680). Herr Grass erläutert, dass es sich um die jährliche Auflösung der Sonderposten aus Fördermitteln zur Abschreibung handelt.

Weiter möchte die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wissen, ob in den Mitteln für die Parkraumbewirtschaftung auch ein Ansatz für die Einrichtung eines Anwohnerparkens enthalten ist. Herr Grass weist darauf hin, dass dieser Haushaltsbereich nicht in der Zuständigkeit des Planungsausschusses liege. Die Verkehrsbehörde habe bisher jedoch keine Rechtfertigung für Anwohnerparken gesehen, da kein ausreichender Parkraumkonflikt vorliege.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen, der einstimmig beschlossen

wird.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

8.1.1 Haushaltssicherung 2028, aktueller Stand zum 21.10.2025

MV/2025/105

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1.2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

Herr Grass berichtet, dass die nördliche Treppenanlage bereits hergestellt ist, die südliche wird zeitnah folgen, bevor die restliche Pflasterfläche angeschlossen wird. Der Förderzeitraum für die Hochbauten auf der Ostpromenade wurde wie angekündigt bis 30.06.2026 verlängert.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach dem Einbau der Türen und Fenster. Herr Grass erläutert, dass die Türen im Kiosk und WC bereits eingebaut sein sollten, die Fenster werden Mitte Dezember folgen.

8.1.3 Weitere Berichte

Es gibt keine weiteren Berichte.

8.2 Anfragen der Politik

Die FDP-Fraktion fragt, ob bezüglich der Aussagen von Investoren zur Ablehnung von Benennungsrechten für die Stadt nähere Informationen vorliegen.

Frau Broekhuis sind keine Details bekannt, hat jedoch herausgehört, dass es Schwierigkeiten wegen der Zusammensetzung der Hausgemeinschaft gegeben haben könnte.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert daran, dass die Bauherrnvertreterin des letzten Projekts auch gesagt habe, dass die schlechten Erfahrungen nicht in Wedel gemacht wurden. Man sollte die Investoren auf die Begleitung der Prozesse durch die Stadtverwaltung in Wedel hinweisen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach dem Sachstand der politisch gewollten besseren Taktung von Buslinien und der Stärkung des ÖPNVs durch z.B. Ringlinien oder die Weiterführung der X-Buslinie nach Hamburg. Würden diese Anliegen weiterhin verfolgt, oder sei dies mit dem aktuellen Regionalen Nachverkehrsplan (RNVP) für 5 Jahre stillgelegt. In der Begründung zum Bauprojekt Strandbadhöfe stünde, dass ein Bus dort verkehren würde, der fahre jedoch lediglich vereinzelt am Tag.

Herr Grass bestätigt, dass durch den RNVP zunächst für 5 Jahre wenig zu verändern sei, es könne jedoch gerne bei der Südwestholstein ÖPNV-Verwaltungsgemeinschaft (SVG) als zuständiger Instanz gerne nachgefragt werden, ob es Spielraum für Ausweitungen auch vor Ablauf der 5 Jahre gäbe. Grundsätzlich habe Wedel jedoch durch den S-Bahn-Anschluss eine sehr gute Anbindung an Hamburg. Eine bessere Busverbindung zum Hafenbereich wird seit Beginn der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme immer wieder diskutiert, auch durch beispielsweise eine Ringlinie. Bisher hatte diese Anfrage bei der SVG keinen Erfolg, da dies nicht wirtschaftlich darstellbar wäre. Für zusätzliche Busverkehre müsste die Stadt Wedel dann, wie bis vor einigen Jahren für die Linie 289, eigene Mittel bereitstellen. Wenn dann beispielsweise eine 6-stellige Summe gefordert würde, müsste die Politik entscheiden, ob die Anzahl der Fahrgäste diesen Mitteleinsatz rechtfertigt.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würde einen Vorschlag, den 189 in einer Richtung

durch die Hafenstraße und in der anderen durch die Bekstraße zu führen, gerne geprüft wissen. Eine Verlängerung der X-Linie nach Hamburg sei charmant, aber wichtiger sei die Anbindung des Hafenbereichs, der Strandbadhöfe und der Freizeitsportanlagen. Zudem wird gebeten, die Anpassung der Taktung der Linie 289 an die S-Bahnen mit der SVG zu besprechen. Vielleicht könnte man den zuständigen Ansprechpartner der SVG in den Planungsausschuss einladen.

Die WSI-Fraktion bittet darum, dass, wenn es Aussagen der unteren Verkehrsbehörde zum Thema Anwohnerparken gibt, diese dem Planungsausschuss zur Verfügung zu stellen. Außerdem mache man sich Gedanken darum, wie Wedel wächst. In den Bauprojekten, die in den nächsten 2 Jahren realisiert werden sollen, werden ca. 800 neue Wohneinheiten entstehen. Das sei vergleichbar mit der Größenordnung von Wedel Nord, wenn dies umgesetzt worden wäre. Damals waren zwei Kitas und eine Grundschule als notwendige soziale Infrastruktur vorgesehen, die derzeit nicht mehr thematisiert werden. Notwendig sei ein Wachstumskonzept für Wedel, dafür müsste eigentlich Geld in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Grass erinnert daran, dass bei den letzten Haushaltsberatungen die Verwaltung Geld für eine Aktualisierung des Wohnungsmarktkonzeptes (von 2010, zuletzt aktualisiert 2016) eingeworben hatte. Der Ansatz wurde jedoch vom Planungsausschuss gestrichen. Derzeit erstellen die Kreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen gemeinsam eine Einwohnerprognose und auch im Schulentwicklungsplan werden Annahmen getroffen. Diese Zahlen sollten abgewartet und dann auf dieser Basis über ein Stadtentwicklungskonzept nachgedacht werden. Der Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung bereite gerade einen Impuls für ein Nachverdichtungskonzept und eine Übersicht zum Bauturbo vor.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass in der Beantwortung der Fragen zum B-Plan Hafenstraße und Nachverdichtung Galgenberg explizit steht, dass der zuständige Fachbereich keinen Bedarf für eine neue Kita sieht.

Die WSI-Fraktion zeigt sich verwundert, wenn keine neuen Plätze geschaffen werden würden, müsste ja auch der entsprechende Anteil an der Infrastrukturabgabe erstattet werden.

Herr Grass erläutert, dass die Stadt- und Landschaftsplanung die geplanten Neubaugebiete für die Erarbeitung des Schulentwicklungsplans gemeldet habe, die Zahlen seien also in dem entsprechenden Fachbereich bekannt. Wenn dort nun die Aussage getroffen wird, dass kein zusätzlicher Bedarf im Elementarbereich besteht, dann müsse man dies als richtig annehmen. Die Infrastrukturabgabe sei gesplittet mit konkreten Beträgen für die einzelnen Bereiche, sollten einzelne Anteile mittelfristig nicht benötigt werden, wären diese zurückzuzahlen.

Die SPD-Fraktion dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen zum B-Plan Hafenstraße und zur Nachverdichtung Galgenberg. Bezüglich der Berechnungsgrundlage für die 30% gefördertem Wohnraums bestünde jedoch noch Unklarheit, ob es sich um die gesamte Wohnfläche des neuen Quartiers oder lediglich um das Delta zwischen Gesamtwohnfläche und Bestandswohnfläche handelt.

Frau Broekhuis würde derzeit davon ausgehen, dass die 30% lediglich auf das Delta anzuwenden sind, wird dies jedoch nochmal klären lassen.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würden davon ausgehen, dass dies lediglich für die Infrastrukturabgabe gilt, jedoch nicht für die Bemessung des geförderten Wohnraums.

Die CDU-Fraktion fragt nach der Bitte um Prüfung, ob der Parkplatz Jungfernstieg provisorisch erweitert werden könnte. Herr Grass berichtet, dass die Frage an die zuständigen Fachdienste weitergegeben wurde, jedoch noch nicht beantwortet ist. Er wird nachfragen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, ob es sinnvoll wäre, über eine Aufstockung von Flachdachsupermärkten mit Wohnungsbau nachzudenken. Möglicherweise seien hier durch die Veränderungen in der Baugesetzgebung größere Freiheiten entstanden. Herr Grass

weist darauf hin, dass z.B. im Fall des Lidl-Neubaus dies im Gewerbegebiet wegen der erlaubten Lärm-Grenzwerte nicht möglich sein wird. In urbanen, Kern- oder Mischgebieten sei mehr vorstellbar. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist auf andere Beispiele wie den Hans-Böckler-Platz oder gegenüber des Reepschlägerhauses hin.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese um 20:54 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:09 Uhr.

Vorsitz:

gez. Dutsch

Wolfgang Dutsch

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

